Die Europäische Bewegung

GERHARD EICKHORN/LUTZ PETERSCHECK

Zielsetzung, Tätigkeit, Aufbau

Die Europäische Bewegung entstand nach dem Europäischen Kongreß von Den Haag im Mai 1948 als Dachorganisation der bis dahin eher lose miteinander verknüpften europäisch engagierten Verbände. Sie ist ein privater, nichtgouvernementaler, vom freien Bürgerwillen getragener Zusammenschluß von Organisationen, die sich für die Einigung Europas einsetzen. Seither spielt die Europäische Bewegung eine wichtige Rolle im europäischen Integrationsprozeß. Sie leistet ihren gedanklichen Beitrag zur Weiterentwicklung der europäischen Einigung und sieht sich als ‚europäisches Gewissen' der Verantwortlichen und als Interessenvertretung für die europäische Einigungspolitik. Dieses ‚Wächteramt' erlaubt und verlangt, Ziel und Richtung europäischer Initiativen von Parlamenten und Regierungen sowie der europäischen Institutionen immer wieder zu beeinflussen. Vor allem ist es Aufgabe der Europäischen Bewegung, die öffentliche Meinung für die Einigung Europas zu gewinnen. Diese Informations- und Bildungsaufgabe zielt auf den einzelnen Bürger und ermöglicht so der Europäischen Bewegung, sich auf eine breite Basis stützen zu können[1].

Die Europäische Bewegung will zur Errichtung einer demokratischen Europäischen Politischen Union zwischen möglichst vielen europäischen Staaten beitragen. Dabei ist es nach ihrem Selbstverständnis zunächst zweitrangig, ob man diese als Europäische Union, Föderation oder Vereinigte Staaten von Europa bezeichnet. Wichtig ist, daß diese Union über Zuständigkeiten in jenen Politikbereichen verfügt, die die Nationalstaaten allein nicht mehr sinnvoll gestalten können. Hierzu gehört die Forderung nach einer europäischen Regierung, die vom Europäischen Parlament legitimiert und kontrolliert werden muß[2].

Zusammenfassend lassen sich die Ziele der Europäischen Bewegung wie folgt beschreiben:

- Verwirklichung einer mit Kompetenzen ausgestatteten Europäischen Politischen Union, die über eine vom Europäischen Parlament kontrollierte Regierung verfügt.
- Ausbau einer politischen Infrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft durch verstärkte transnationale Zusammenarbeit von Parteien, Verbänden und sonstigen nicht-gouvernementalen Zusammenschlüssen.

– Schaffung ‚europäischen Bewußtseins' als Basis für den fortschreitenden Zusammenschluß der europäischen Völker und Staaten.

Die Europäische Bewegung vereinigt sechzehn nationale Räte und mehrere internationale Organisationen. Die nationalen Räte der Europäischen Bewegung tragen dazu bei, die Zielsetzung der Europäischen Bewegung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bekanntzumachen und deren Realisierung voranzutreiben. Die Räte setzen sich in der Regel aus den politischen Parteien und wichtigen gesellschaftlichen Organisationen zusammen. In der Bundesrepublik Deutschland ist es der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung (Präsident: Bundespräsident a.D. Walter Scheel), dem die vier Parteien CDU, CSU, SPD und FDP, weitere 74 Organisationen und Einrichtungen, zehn Landesräte der Europäischen Bewegung sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören[3]. Außerdem gehören der Europäischen Bewegung mehrere internationale Organisationen an, darunter die Union Europäischer Föderalisten (UEF), die hier personell wie programmatisch über großen Einfluß verfügt.

Die Europäische Bewegung wird von einem Bundesrat (Conseil Fédéral), einem Vorstand (Comité Directeur) und einem Exekutivkomitee als Verwaltungs- und Führungsorgan geleitet. Das Exekutivkomitee setzt sich aus dem Präsidenten (Giuseppe Petrilli, Italien), den Vizepräsidenten (darunter aus der Bundesrepublik Deutschland: Dr. Martin Bangemann MdEP, Dr. Egon Klepsch MdEP und Heinz-Oskar Vetter MdEP), dem Generalsekretär (bis September 1983: Dr. Thomas Jansen, seither: Sjouke Jonker) und dem Schatzmeister zusammen.

Der Berichtszeitraum 1982 und 1983[4] war von einer Konsolidierung der Arbeit der Europäischen Bewegung gekennzeichnet. Bei ihrer politischen Arbeit verfolgte sie insbesondere drei Schwerpunkte: die Verdeutlichung des freiheits- und friedensstiftenden Charakters der europäischen Integrationspolitik, vor allem der Europäischen Gemeinschaft, die Unterstützung des Institutionellen Ausschusses des Europäischen Parlaments sowie die Forderung nach einer europäischen Verfassung und nach einer europäischen Regierung, die Vorbereitung der Europa-Wahl 1984.

Frieden und Freiheit durch die Europäische Gemeinschaft

Die politische Diskussion in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft war von der Sorge um den Bestand des Friedens in Europa geprägt. Auch in der Europäischen Bewegung wurde diese Sorge laut. Die wachsenden Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der UdSSR machen nach Einschätzung der Europäischen Bewegung die Rolle der Europäischen Gemeinschaft noch bedeutender. Sie als demokratische, friedensstiftende Kraft im Ost-West-Verhältnis und im Nord-Süd-Dialog zu stärken, war ein Hauptanliegen der Europäischen Bewegung. Doch solange die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft nicht in der Lage sind, ihre Außenpolitik besser zu koordinieren und mit einer Stimme zu sprechen, sei die relative Empfindlich-

keit der Europäischen Gemeinschaft in weltpolitischen Auseinandersetzungen nicht zu überwinden. Die Ereignisse in Afghanistan, Polen und El Salvador machten die Bedrohung des Friedens deutlich. Nunmehr sei es erforderlich, eine gemeinsame, langfristige außenpolitische Strategie auszuarbeiten.

Die Europäische Bewegung hat hierzu die Diskussion über Fragen der Sicherheitspolitik vorangetrieben. Eine dazu 1980 eingesetzte Kommission für Sicherheitsfragen legte im Juni 1982 ihren Abschlußbericht vor[5]. Sie empfiehlt, „daß die westeuropäischen Staaten eine europäische Sicherheitspolitik und eine schrittweise Zusammenlegung ihrer Verteidigungsmittel annehmen, um folgende Ziele zu erreichen: eine Stärkung der Fähigkeit Europas zur wirksamen Verteidigung seiner Interessen, Verstärkung des europäischen Einflusses auf die Atlantische Allianz und die Weltpolitik der Vereinigten Staaten und einen Beitrag zum europäischen Wiederaufschwung, zur Erneuerung des gemeinschaftlichen Geistes sowie der moralischen Stärkung der europäischen Völker." Die Kommission geht davon aus, daß ein geopolitisches System, in dem zwei Supermächte allein die Angelegenheiten dieser Welt regeln, gefährlich sei und eine Stärkung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) besonders wünschenswert macht, die aber nicht gegen die USA gerichtet sein dürfe. So stelle die Atlantische Allianz heute für die Sicherheit Westeuropas ein unerläßliches Instrument dar, wobei die schrittweise Verwirklichung einer europäischen Komponente in der Allianz eine bessere Garantie für die Anerkennung der Interessenunterschiede und ein größeres Verständnis und Vertrauen zwischen den auf Gleichheit zustrebenden Partnern nach sich ziehen werde. Die Kommission schlägt Maßnahmen zur Errichtung eines „globalen Sicherheitssystems" in Europa vor. So sollte der Europäische Rat zweimal im Jahr eine umfassende Analyse der Sicherheitsprobleme vornehmen, die durch regelmäßige Zusammenkünfte der Verteidigungsminister vorbereitet und ergänzt werden soll. In die EPZ sollten Sicherheits- und Abrüstungsfragen einbezogen werden, deren Erörterung zur Verwirklichung einer gemeinsamen außenpolitischen Strategie beitragen könnte. Auf der wirtschaftlichen Ebene sollte eine gemeinsame Politik der Rüstungsproduktion definiert werden. Schließlich sei auch zu untersuchen, ob die Schaffung einer mit der Umsetzung dieser Politik unter Kontrolle des Europäischen Parlaments beauftragten europäischen Institution sinnvoll ist.

Neben der Arbeit der Sicherheitskommission haben die Aktivitäten der neuen europäischen Friedensbewegungen zur Klärung des friedenspolitischen Selbstverständnisses der Europäischen Bewegung Anlaß gegeben. Der Generalsekretär der Europäischen Bewegung, Dr. Thomas Jansen, hat hierzu auf einem vom Club of Rome und der Fédération Internationale des Universités Catholiques (F.I.U.C.) veranstalteten Symposium vom 18. bis 23. Februar 1983 in Salzburg grundsätzliche Ausführungen gemacht[6]. Dabei stellte er fest, daß die Europäische Bewegung seit Mitte der 60er Jahre an Einfluß verloren habe und erst seit Ende der 70er Jahre in Zusammenhang mit der Propagierung der Eu-

ropawahl darum bemüht ist, ihre Position zu festigen. Die hier angesprochene Krise einer Bewegung hängt nach Meinung von Jansen mit der Tatsache zusammen, daß durch die Institutionalisierung der europäischen Einigungspolitik die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Engagements scheinbar hinfällig geworden ist. Die Vereinnahmung der Europapolitik durch die Bürokratie habe zudem ernüchternd auf die Bevölkerung gewirkt und zu einer – wenn auch wohlwollenden – Interesselosigkeit geführt. Er sieht einen Grund hierfür auch in der Überwucherung der moralischen Prinzipien und der politischen Triebkräfte, darunter an erster Stelle das Friedensmotiv, durch Alltagsgeschäftigkeit und Betonung von Gesichtspunkten der Effizienz und des materiellen Wohlstandes. Dennoch könne die Europäische Bewegung auf viele Erfolge zugunsten des Friedens verweisen. Unter Anwendung der Methode des ‚institutionalisierten Dialogs', also der fortschreitenden Institutionalisierung der Beziehungen zwischen Regierungen und Nationen, sei es möglich, alle potentiellen Konflikte und Interessengegensätze friedlich auszutragen und sie produktiv für den Fortschritt der europäischen Einigungspolitik zu kanalisieren. Von daher versteht sich – so Jansen – die Europäische Bewegung als Friedensbewegung und Trägerin des Gedankens des friedlichen internationalen Ausgleichs.

Eine Verfassung und eine Regierung für die Europäische Gemeinschaft

Einen Beitrag zur Überwindung der bedrohlichen Entscheidungsblockade in der EG zu leisten, war ein wichtiges Anliegen der Europäischen Bewegung. Sie konnte ihre Arbeiten direkt in die des neu gegründeten Institutionellen Ausschusses des Europäischen Parlaments einfließen lassen. Namhafte Mitglieder des Europäischen Parlaments übernahmen dabei eine Klammerfunktion. So wurde der deutsche Europaabgeordnete Dr. Martin Bangemann vom Bundesrat der Europäischen Bewegung beauftragt, einen Bericht über Vorschläge zur Reform der europäischen Institutionen vorzulegen. Ausgehend von ernstzunehmenden Gefahren in der Weltpolitik, wachsendem Protektionismus und angesichts der Energieprobleme müsse Europa durch entschlossenes Handeln seine politische Krise überwinden. Die Europäische Bewegung appellierte in diesem Sinne an die EG-Institutionen und die Regierungen der Mitgliedstaaten, das bisher Erreichte unter konsequenter Beachtung der Verträge zu bewahren und anzuwenden. Darüber hinaus müssen nach Meinung der Europäischen Bewegung neue Politiken Eingang in die Arbeit der Europäischen Gemeinschaft finden. Die Revitalisierung der Gemeinschaft könne nur durch eine Deblockade der Entscheidungsmechanismen im Ministerrat und durch die Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments verwirklicht werden. Langfristig sei es jedoch unumgänglich, eine grundlegende Neuverteilung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten zu erreichen, um schließlich das Funktionieren und die demokratische Kontrolle einer europäischen Regierung sicherzustellen[7].

Mit großer Genugtuung hat der Bundesrat der Europäischen Bewegung am

30.9.1983 die Verabschiedung eines „Vorentwurfs eines Vertrags zur Gründung der Europäischen Union" durch das Europäische Parlament zur Kenntnis genommen[8]. Der mit 201 gegen 37 Stimmen bei 72 Enthaltungen angenommene Entschließungsantrag stelle einen wichtigen Zwischenabschnitt auf dem Weg zu einer Verfassung für die Europäische Gemeinschaft dar. Die hierin vorgeschlagene Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments, insbesondere seine Einbeziehung in alle Gesetzgebungsverfahren, ist als ein konkreter Erfolg der Lobbyarbeit der Europäischen Bewegung zu bewerten, die sich damit auch gegen Kritik innerhalb des Europäischen Parlaments faktisch durchzusetzen wußte.

Der nach Ansicht der Europäischen Bewegung viel zu allgemein formulierten und daher für unzulänglich gehaltenen „Feierlichen Erklärung zur Europäischen Union" von Stuttgart wurde somit eine umfassende Alternative entgegengesetzt, die auf dem Weg über die Parlamente, nicht durch Regierungen, die Europäische Gemeinschaft voranbringen soll. Die Europäische Bewegung wurde in ihrer Haltung, die Arbeit des Institutionellen Ausschusses zu unterstützen, durch das Scheitern des Europäischen Rates in Athen bestätigt. Nach sechs Monaten intensiver Arbeit war es den im Dezember 1983 in Athen versammelten Staats- und Regierungschefs nicht gelungen, die anstehenden Haushalts- und Agrarprobleme zu lösen. In einer dazu vom Präsidenten der Europäischen Bewegung, Giuseppe Petrilli, abgegebenen Erklärung wird das Unverständnis über die neuerliche Entscheidungsunfähigkeit laut: „Die Bürger können nicht verstehen, daß die Mitgliedstaaten und ihre Vertreter, nachdem sie sich – in Mißachtung der Verträge, die sie verbinden – die in Bezug auf das gemeinsame Interesse und das demokratische Gleichgewicht exorbitante exekutive legislative Gewalt angeeignet haben, Zeugnis von derartig konstanten Ausflüchten und derartig konstanter Unfähigkeit innerhalb des Rates der Gemeinschaften ablegen, insbesondere durch das systematische Beharren auf Einstimmigkeit"[9]. Das Fazit, so Petrilli, könne nur heißen, den Entscheidungsprozeß in der Gemeinschaft neu zu strukturieren.

Vorbereitung der Europa-Wahl 1984

Die Mobilisierung der Bürger zur zweiten Direktwahl war ein weiterer Schwerpunkt in der Tätigkeit der Europäischen Bewegung im Berichtszeitraum. Im Vordergrund standen dabei die Vorbereitungen für den „Kongreß für die Europäische Union" im März 1984 in Brüssel, auf dem über die politische, wirtschaftliche und institutionelle Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft diskutiert wurde.

Die praktische Durchführung der Europa-Wahlkampagne blieb Aufgabe der nationalen Räte, also in der Bundesrepublik Deutschland des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung. Dieser verfügt seit der ersten Europawahl über eine ausgedehnte regionale und lokale Infrastruktur für eine breitangelegte Informations- und Motivationskampagne. Die im Zuge der ersten Direktwahl

1979 gegründeten Direktwahlkomitees bilden nunmehr Landesräte bzw. Landeskomitees der Europäischen Bewegung. Vielerorts wurden auch auf Kreisebene Europawahlkomitees gebildet. Eine wichtige Funktion nehmen auch die Europabeauftragten der Landesregierungen wahr, die kraft ihres offiziellen Amtes die Kampagnen organisatorisch und materiell unterstützen können. Die langfristig angelegte Planung der „Aktion Europa-Wahl 1984" wird aus ihrer zeitlichen Strukturierung deutlich. Die erste Phase begann 1982 und diente der Stärkung der innerverbandlichen Strukturen sowie der politisch-inhaltlichen Vorbereitung. Die zweite Phase, die von Mai 1983 bis Ende 1983 ablief, diente der Information über Arbeit und Ziele des Europäischen Parlaments in der Öffentlichkeit mit der Durchführung entsprechender Veranstaltungen. In der dritten Phase wurden bis zum Wahltag am 17. Juni 1984 die politischen Positionen der Europäischen Bewegung in den Wahlkampf der Parteien getragen[10]. Die politischen Themen für die Europawahlkampagne wurden frühzeitig festgelegt. Im Vordergrund standen das Plädoyer für eine Verfassung für die Europäische Gemeinschaft und für eine europäische Regierung. Das Ziel war es, eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen.

Fazit

Ungeachtet der aus der Sicht der Europäischen Bewegung zu beklagenden Rückschläge bei der Fortführung der Europäischen Integration wird man die Jahre 1982 und 1983 als Neuanfang für die Arbeit der Europäischen Bewegung bewerten können. Die Konsolidierung der Organisation und die Konzentration auf wichtige politische Schwerpunkte waren dabei herausragende Merkmale.

Der Präsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Bundespräsident a.D. Walter Scheel, zog zum Jahreswechsel 1982/83 folgendes Fazit: „Rückblickend ist die Bilanz der Europapolitik – gemessen an unseren Plänen – nicht befriedigend. Das Europäische Währungssystem ist höchstens ein erster Schritt auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion. Die gescheiterten Pläne zur Europäischen Union füllen die Archive. Unsere damalige Forderung, ‚daß Europa imstande sein muß, seiner Stimme in der Weltpolitik Gehör zu verschaffen', konnte nur im begrenzten Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit umgesetzt werden. Lassen Sie mich dieser, von Enttäuschung und Resignation geprägten Einstellung ein eindeutiges Bekenntnis, ein ‚dennoch' entgegenstellen: Die Aufgaben, vor denen wir heute in Europa stehen, bedürfen mehr denn je gemeinsamer europäischer Anstrengungen. Wir alle wissen, daß Arbeitslosigkeit, Inflation und unzureichendes Wachstum längst keine nationalen Probleme mehr sind. Sie können auch nicht national gelöst werden. Nur im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft kann eine stabile Wirtschaftsordnung errichtet, nur durch gemeinsame europäische Anstrengungen eine internationale Wirtschaftspolitik erreicht werden, welche die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft verbessert und den sozialen Rechtsstaat festigen hilft."[11]

Anmerkungen

1 Vgl. Gerhard Eickhorn, Der Beitrag der Europäischen Bewegung, in: Europa-Union Deutschland (Hrsg.): Europas Verantwortung in der Welt. 26. ordentlicher Kongreß der Europa-Union Deutschland, 12.–14. Dezember 1980, München 1981, S. 54–62.

2 Vgl. Mouvement Européen (Hrsg.), Die Europäische Bewegung. Zielsetzung, Tätigkeit, Aufbau, Brüssel o.J. (1984), Manuskript.

3 Vgl. Deutscher Rat der Europäischen Bewegung (Hrsg.), Tätigkeitsbericht für den Zeitraum 1. Januar 1982 bis 31. Dezember 1982, Bonn o.J. (1983).

4 Dieser Beitrag umfaßt auch das Jahr 1982, da über die Tätigkeit der Europäischen Bewegung im Jahrbuch der Europäischen Integration 1982 nicht berichtet wurde.

5 Europäische Bewegung (Hrsg.), Bericht der Kommission für Sicherheitsfragen. Vorgelegt auf der Sitzung des Conseil Fédéral am 25./26. Juni 1982 in Kiel, Brüssel 1982, Manuskript.

6 Siehe Thomas Jansen, Die Europäische Bewegung als Friedensbewegung. Diskussionsbeitrag anläßlich des Symposiums des Club of Rome mit der Fédération Internationale des Universités Catholiques vom 18.–23. Februar 1983 in Salzburg, o.O., o.J. (1983), Manuskript. Auszüge wurden veröffentlicht in der Europäischen Zeitung, Bonn, Ausgabe Mai 1983, S. 2.

7 Siehe Resolution des Conseil Fédéral vom 16. April 1983, in: Proces-Verbal du Conseil Fédéral, Bruxelles, 15 et 16 avril 1983, Manuskript.

8 Siehe hierzu Resolution concernant l'initiative Genscher–Colombo, in: Proces-Verbal du Conseil Fédéral, Bruxelles, 15 et 16 avril 1983, Manuskript sowie Resolution politique, in: Proces-Verbal du Conseil Fédéral, Bruxelles, 30 septembre 1983, Manuskript.

9 Europäische Bewegung (Hrsg.), Erklärung des Präsidenten der Europäischen Bewegung, Prof. Giuseppe Petrilli, zum Athener Gipfeltreffen vom 9. Dezember 1983, Brüssel 1983, Manuskript.

10 Vgl. Deutscher Rat der Europäischen Bewegung (Hrsg.), Tätigkeitsbericht für den Zeitraum 1. Januar 1983 bis 31. Dezember 1983, Bonn o.J. (1984).

11 Deutscher Rat der Europäischen Bewegung (Hrsg.), Tätigkeitsbericht für den Zeitraum 1. Januar 1982 bis 31. Dezember 1982, Bonn o.J. (1983), S. 1 und 2.

Weiterführende Literatur

„Alsfelder Manifest", Grundsatzerklärung der Europa-Union, Landesverband Hessen, zur Friedensfrage und vom Kongreß der Union Europäischer Föderalisten (UEF) am 3.–5. Dezember 1982 in Mailand angenommene Grundsatzerklärung, in: Europäische Zeitung, Bonn, Februar 1983, S. 11.

„Die Europäische Gemeinschaft stärken", 29. Ordentlicher Kongreß der Europa-Union Deutschland, 4. und 5. Juni 1983 in Mainz, in: Europäische Zeitung, Juni 1983, S. 7–9 und Europäische Zeitung, Juli 1983, S. 7–10.

Jansen, Thomas, Den Frieden organisieren. Europäische Bewegung als Friedensbewegung, in: Europäische Zeitung, Bonn, Mai 1983, S. 2.

Ders., Feigheit vor dem Feind? Zur Überparteilichkeit der Europäischen Bewegung; in: Europäische Zeitung, Bonn, Oktober 1983, S. 15.

Koppe, Karlheinz, Das grüne E setzt sich durch. 20 Jahre Europa-Union Deutschland. 1946–1966, Köln: Europa Union Verlag 1967.

Lipgens, Walter, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950, Bd. 1: 1945–1949, Stuttgart: Klett-Cotta 1977.

Ders., Europa – Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945, München: Oldenbourg 1968.

Ders., Widerstand gegen Hitler und europäische Föderation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage B 26 zu Das Parlament vom 30. Juni 1984, S. 25–37.